

Riesters Rente: Modell Kasachstan

von

Heiner Flassbeck*

(erschieden in der taz am 24.6.00)

Kasachstan hat ein modernes Rentensystem. Kasachstan setzt auf Kapitaldeckung. Zahlten vor 2 Jahren die Arbeitnehmer noch 20 % ihrer Einkommen an den Staat, der davon wiederum die Renten finanzierte, hat man nun unter Anleitung der Weltbank das System „modernisiert“. Nur noch 10 % zahlt der kasachische Arbeitnehmer dem Staat, 10 % aber zahlt er in einen Fonds, der das Geld investieren und später daraus die Renten speisen soll. Nun muß allerdings der kasachische Staat, solange noch Menschen leben, die nichts in die Fonds eingezahlt haben, mit der Hälfte der Beiträge die volle Rente bezahlen. Also geht der Staat zum Kapitalmarkt und verschuldet sich zusätzlich. Was aber machen die Fonds mit dem Geld? Die tragen es natürlich zum Kapitalmarkt, wo der Staat wartet und es wieder aufnimmt. Woher sonst soll er die 10 % bekommen? Am Ende hat der Staat wieder seine 20 %, mit denen er die Rente bezahlen kann. Nur muß der Steuerzahler jetzt Zinsen für 10 % zahlen und die Fonds, darunter einer der Deutschen Bank, kassieren 1 % der Einzahlungen der darbenden kasachischen Arbeitnehmer als Bearbeitungsgebühr dafür, daß sie das Geld eingesammelt und dem Staat wiedergegeben haben.

Das ist moderne Wirtschaftspolitik in Reinkultur: Es hat sich in der Substanz nichts geändert, aber es sieht jetzt alles viel besser aus. Die Arbeitnehmer treiben scheinbar Eigenvorsorge statt in der staatlichen Hängematte zu liegen, der Kapitalmarkt ist an der Verteilung des Kapitals beteiligt, die Banken verdienen und der Staat ist auf dem Rückzug. Kasachstan – ein Modell für Deutschland? Nein, wir sind noch moderner. Herr Riester hat gerade eine Rentenreform ausgebrütet, bei der sich der Staat nicht höher verschuldet und durch vermehrtes privates Sparen dennoch der Einstieg in die Kapitaldeckung gelingt. Das ist der Trick bei der Sache. Kasachstan zeigt uns die Logik eines Systemwechsels bei unverändertem Rentenniveau. In Deutschland aber wird das Rentenniveau gesenkt.

Bei der deutschen Rentenreform geht es nämlich um Demographie. In den nächsten Jahrzehnten werden weniger Junge für mehr Alte aufkommen müssen, wenn es keine Zuwanderung, mehr Geburten oder längere Lebensarbeitszeiten gibt. Das bedeutet im Umlageverfahren, daß der durchschnittliche Arbeitnehmer dann 13 % seines Einkommens für Rentenbeiträge aufwenden müßte im Vergleich zu fast 10 heute oder den 11 %, die ihm auch Herr Riester zumutet. Das ist offenbar die Katastrophe, die die Regierung verhindern will. Der durchschnittliche Arbeitnehmer, der heute 4000 DM brutto im Monat hat, wird im Jahre 2030, wenn die deutsche Wirtschaft nur mit 2 % real wächst, etwa 7200 DM – zu heutigen Preisen – verdienen. Bei 11 % Rentenbeitrag verbleiben ihm für alles übrige 6100 DM, bei 13 % noch 5900 im Monat. Woran gemessen wäre letzteres eine Katastrophe? Könnten die deutschen Unternehmen bei doppelter Produktivität und verdoppelten Gewinnen die fehlenden 2 % nicht ohne weiteres tragen?

Nein, sagt Herr Riester, die Lohnnebenkosten dürfen auf keinen Fall über 22 % steigen und deswegen müssen die Renten sinken. Wer eine unveränderte Rente im Vergleich zum Einkommen haben will, muß privat vorsorgen. Also bieten wir ihm an, die 4 %, die zwischen 22

* Der Autor war Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und arbeitet heute als Wirtschaftsforscher und Publizist.

und 26 % fehlen – steuerlich gefördert – freiwillig anzusparen und schließen die Arbeitgeber von vorneherein von der Zahlung aus. Da wird die moderne Wirtschaftspolitik noch mehr als in Kasachstan zum gefährlichen Unfug. Zwei Gründe sind dafür maßgeblich: Erstens, die Lohnnebenkosten sind in Deutschland für die Unternehmen nicht zu hoch. Zweitens und noch wichtiger, im Gegensatz zum einzelnen Hausvater können alle Arbeitnehmer einer Volkswirtschaft nicht ansparen.

Seit zwanzig Jahren sind in Deutschland die gesamten realen Lohnkosten einschließlich der Lohnnebenkosten weit hinter der Produktivität zurückgeblieben. Seit 1980 addiert sich das Zurückbleiben der realen Arbeitskosten auf über 20 % und ist damit größer als in allen anderen großen Volkswirtschaften dieser Welt. Wenn aber die gesamten Arbeitskosten nicht zu hoch sein können, kann – logischerweise – auch kein Teil derselben in irgendeinen ernsthaften Sinne für die Arbeitgeber zu hoch sein.

Die Arbeitnehmer aber sollen nach Riester ihre Lohnnebenkosten für die Rente auf 15 % erhöhen. Ansparen für eine private Rente ist nämlich Konsumverzicht genau wie ein höherer Beitrag beim heutigen System. Dennoch sind die Unterschiede der Systeme enorm: Beim derzeit praktizierten Umlagesystem verzichtet der Arbeitnehmer in 30 Jahren auf etwas mehr Konsum von seinem wesentlich höheren Einkommen. Er hilft dann die Zusage des Staates einzulösen, auch den jetzt arbeitenden Menschen eine angemessene Rente zu zahlen. Heute aber kann der Arbeitnehmer von seinem Einkommen mehr konsumieren. Daß er mehr Geld heute ausgibt, kommt jedoch unmittelbar den Unternehmen zugute, die Güter produzieren und investieren.

Bei Riesters Kapitaldeckung soll der Arbeitnehmer schon in der Gegenwart auf mehr Konsum verzichten, um in 30 Jahren trotz der Alterung der Bevölkerung eine gleich hohe Rente zu erhalten. Er gibt daher sein Geld einer Bank oder einem Fonds. Was aber geschieht dann? Der Fonds leiht das Geld einem anonymen Schuldner. Der investiert das Geld sofort in Sachanlagen und verspricht, in Zukunft Zinsen zu zahlen. Nur – und das ist der Knackpunkt – der Investor muß auch heute Gewinne machen, will er überleben und soll er später Zinsen zahlen können. Versucht eine große Gruppe der Volkswirtschaft heute jedoch, mehr zu sparen als vorher, sinkt die Chance unseres Investors, ordentliche Gewinne zu machen.

Riester Kapitaldeckung behindert folglich die einzige Form des „Sparens“, die es für eine Volkswirtschaft gibt, nämlich das Investieren in Sachkapital. Gelingt Riesters Plan und steigt die Sparquote der Arbeitnehmer bei dem Versuch, Eigenvorsorge zu betreiben, sinken die Gewinne der Unternehmen, also deren „Sparen“. Das kostet unmittelbar Investitionen und Arbeitsplätze. Bleibt dagegen die Sparquote der Arbeitnehmer konstant, subventioniert man mit den staatlichen Hilfen lediglich einen Teil des bisherigen Sparens. Eine größere Vorsorge gibt es dann nicht einmal der Idee nach. Am Ende aber steht Altersarmut.

Mögen die Interessenvertreter der Banken und Versicherungen auch gebetsmühlenartig das Gegenteil verkünden, es bleibt eine unumstößliche Wahrheit, daß eine Volkswirtschaft als Ganzes nicht Geld ansparen kann. Immer muß jemand hier und heute das angesparte Geld aufnehmen, sich also verschulden, um zu investieren, soll in Zukunft eine Zinszahlung möglich sein. Wenn es in 30 Jahren mehr Alte als Junge gibt, wird die wirtschaftliche Leistungskraft sinken und folglich weniger Zinserträge oder Rentenbeiträge hergeben. In Zukunft müssen daher in jedem System die Renten geringer sein oder der dann zu zahlende Rentenbeitrag größer sein. Heute mehr zu sparen, erspart uns das nicht. Es mindert sogar unsere Chance, die Belastung mit einem hohen Einkommen erträglich machen zu können.

